

***Positiv Visiounen, partizipativ Dynamik an eng kohärent Politik:
En nohaltege Modell fir Lëtzebuerg***



Pressedossier

5. Dezember 2016

Positiv Visionen, partizipativ Dynamik an eng kohärent Politik: En nohaltege Modell fir Lëtzebuerg

Neu

Ein planloses und ungezügelter Wachstum hat unser Land gravierend verändert. Statt regulierend einzugreifen, blendete die Politik die wachsenden Probleme während Jahrzehnten aus. Somit ging viel Zeit verloren und wertvolle Chancen wurden verpasst, um Luxemburg in Richtung nachhaltige Zukunft zu entwickeln.

Heute drängt die Zeit, um die angehäuften Versäumnisse sowohl auf ökologischer, als auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu beheben. Gleichzeitig stehen neue Herausforderungen vor der Tür: Klimaschutzziele, die nachhaltigen Entwicklungsziele, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen durch die zunehmende Digitalisierung, die kommende Revolution der Elektromobilität, schnell oder schrittweise wegbrechende Steuereinkommen wie beim e-Commerce, oder beim Spritexport („Tanktourismus“), usw.

Seit dem Regierungswechsel vor genau drei Jahren ist der Kurswechsel unverkennbar. Mit konkreten Schritten leitet die Koalition das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum in zukunftsfähigere Bahnen. Mit einer vorausschauenden und vorsichtigen Politik wird die Zukunft Luxemburgs endlich aktiv gestaltet, statt einem blinden Wachstum ausgeliefert.

Nachhaltig

Spätestens mit der von der Regierung und dem Nachhaltigkeitsministerium gestarteten Wachstumsdebatte und künftigen Prinzipien der Landesplanung, sowie mit der Vorstellung der sogenannten Rifkin-Strategie, ist die Debatte um die zukünftige Entwicklung unseres Landes in vollem Gange.

Die Wachstumsfrage ist gestellt und es scheint klar zu sein: Wir brauchen ein anderes Wachstum für Luxemburg! Auch die von der Regierung und dem Umweltministerium in Auftrag gegebene Ewringmann-Studie zum Spritverkauf belegt dies eindeutig. Tanktourismus und Diesel-Politik erweisen sich als Irrweg, denn die Kosten-Nutzen Rechnung ist deutlich negativ.

Im Gegensatz zum bisherigen „wildem“ oder „blinden“ Wachstum möchte die Regierung das Wachstum in Luxemburg nun in geregelte Bahnen lenken. Weder unser Wirtschafts-, noch unser Sozialmodell sollen zukünftig auf maximalem Wachstum aufgebaut sein. Luxemburg soll anders wachsen; weniger, aber dafür intelligenter, gezielter und nachhaltiger. Aus grüner Sicht geht das in die richtige Richtung. Der Fokus muss auf den Bereichen liegen, die Lebensqualität fördern und nachhaltig Sinn machen. Dabei müssen ihre ökologischen Kosten möglichst gering bleiben.

Gemeinsam

Wir sind davon überzeugt, dass bevor die Regierung und das Parlament die Weichen für die langfristige Entwicklung unseres Landes stellen, die Stoßrichtung mit den BürgerInnen diskutiert und

von ihnen getragen werden muss. Denn nur gemeinsam können wir sicherstellen, dass bei der zukünftigen Entwicklung niemand auf der Strecke bleibt und auch nur gemeinsam werden wir schnell genug vorankommen.

Hierbei wird auch die organisierte Zivilgesellschaft wie z.B. das Patronat, die Gewerkschaften, oder die *Transition* Bewegung, eine wichtige Rolle zu spielen haben. déi gréng laden deshalb alle Partner der Zivilgesellschaft dazu ein, sich auch mit eigenen Beiträgen und Veranstaltungen in die Zukunftsdebatte einzubringen.

déi gréng werden Anfang 2017 mit einer eigenen Zukunfts-Kampagne und zahlreichen Bürgerversammlungen auf lokaler Ebene in sämtlichen Regionen des Landes unterwegs sein. Wir wollen mit möglichst vielen Menschen über die Entwicklung des Landes, über die neuen Ideen und über die positive Dynamik die gerade in Luxemburg entsteht diskutieren. Es ist uns wichtig, dass sich so viele Menschen wie möglich an der Neugestaltung Luxemburgs beteiligen.

Mutig

Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass die Regierung die Frage der nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs konsequent über Partei- und Ressortgrenzen hinweg partizipativ angeht, und so politischen Mut zeigt. Dass es sich bei der Zukunftsdebatte durchaus um ein ernst zu nehmendes und kohärentes Unterfangen der ganzen Regierung handelt, wird auch dadurch verdeutlicht, dass sowohl die Zielsetzungen des Rifkin-Berichtes, als auch der Ewringmann-Bericht zum Spritverkauf/Tanktourismus formal im Regierungsrat angenommen wurden, und als offizielle Regierungsposition gelten.

Rückblick: Verschleppte Probleme und verpasste Chancen vor 2013

Anfangs des neuen Jahrtausends kriselte es in Europa. Auch in Luxemburg war zwischen 2008 und 2013 ein Großteil der Bevölkerung beunruhigt. Die weltweite Wirtschafts- und Sozialkrise fand kein Ende und in Luxemburg trat in immer mehr Bereichen eine gewisse Planlosigkeit der Regierung zu Tage.

Über Jahre hinweg waren etliche Probleme ignoriert, Lösungen verschleppt und wichtige Chancen vertan worden. Langfristige Visionen und klare Ansagen der Juncker-Regierung glänzten durch Abwesenheit. Das „alte“ Luxemburger Geschäftsmodell bröckelte mit dem Bankgeheimnis. In Europa und in den Nachbarländern geriet Luxemburg immer stärker unter politischen Beschuss. Neue politische Ideen fehlten jedoch.

Die Blau-Rot-Grüne Regierung erbte somit nicht nur leere Kassen und ein großes e-Commerce Loch in den Staatsfinanzen, sondern vor allem auch jede Menge verschleppte Probleme, für die die kommenden Generationen aufkommen müssten. Die Lösung dieser Probleme wurde somit zur ersten Priorität der Regierung:

Beispiel 1: Transport & Mobilität

Früher wurde auf die tägliche Überlastung der Straßen hauptsächlich mit Investitionen in den Straßen- und Autobahnbau reagiert. Rund $\frac{2}{3}$ der Verkehrs-Investitionen flossen in die Förderung des Individualverkehrs. Damit zog man noch mehr Autos an und verschlimmerte sowohl die Staus, als

auch die Parkplatznot in den Städten. Statistiken sprechen von 32 Stunden Stau/Person/Jahr. Busspuren wurden nicht systematisch geplant, die Belange von Fußgängern und Radfahrern kaum berücksichtigt. Kurz: Projekte zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität waren inkohärent und unzureichend konzipiert. Das Konzept für eine nachhaltige Mobilität von 2012 war zwar ein Schritt in die richtige Richtung, kam jedoch viel zu spät und musste noch umgesetzt werden.

Heute ist das Investitionsverhältnis umgekehrt: $\frac{2}{3}$ der Investitionen fließen in den massiven Ausbau des öffentlichen Transports. Neue Zugstrecken und modernere Bahnhöfe entstehen. Die Tram als künftige Wirbelsäule der Mobilität im Zentrum wird 2017 in Betrieb gehen. Zahlreiche Busspuren sind hinzugekommen und der Fahrradverkehr wird konsequent gefördert. Generell wurde die Sicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen auf unseren Straßen verbessert.

Ab Januar 2017 treten mit der Steuerreform neue Fördermaßnahmen für Elektrofahrzeuge und e-Bikes, sowie die spezifische Umwelt-Besteuerung der Betriebswagen (rund 50% der jährlichen Neuzulassungen) in Kraft. Besonders letztere dürfte einen schnellen und deutlichen Lenkungseffekt hin zu weniger Dieselmotoren, zu sparsameren Modellen sowie Elektroautos zeigen. Des Weiteren wurde das Taxiwesen reformiert und Planungen für neue *Park&Ride*-Plätze mit Angeboten für *Car-Sharing* und *Car-Pooling* angestoßen.

Beispiel 2: Siedlungs- und Landesplanung:

Eine kohärente Landesplanung gab es nicht. Die wenigen nationalen Leitlinien wie die des IVL (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept) waren überholt, nicht verbindlich und wurden kaum respektiert. Luxemburg wuchs jedes Jahr um über 12.000 neue Arbeitsplätze, doch es gab weder einen konsequenten Plan, noch den notwendigen politischen Mut um klare und verbindliche landesplanerische Regeln für die kommenden 10-20 Jahre einzuführen.

Es wurden damals oft Bauprojekte und ganze Bebauungspläne genehmigt, die den Zielen der Landesplanung eigentlich widersprachen. Die Folge waren eine rasante Zersiedlung der luxemburgischen Landschaft, ein wildes und planloses Wachstum an Neubaugebieten, Gewerbe- und Industriezonen und immer längere Wege zwischen Arbeit, Wohnen und Freizeit, sowohl was die Distanz als auch was den Zeitverlust angeht. Ein weiteres Resultat dieses wilden Wachstums war der extrem hohe Landverbrauch: Bis zu 900 Hektar unserer Landesfläche wurden pro Jahr zubetoniert, bzw. verbaut.

Damit ist nun Schluss. Seit 2013 gibt es - erstmals seit 20 Jahren - wieder konkrete landesplanerische Anstrengungen. Durch eine intelligentere Planung, die Nutzung kleinerer Flächen, einer Verdichtung bestehender Zonen, sowie der Nutzung von Baulücken und früheren Industriebrachen konnte der Landverbrauch - das sogenannte „Zubetonieren“ - bereits auf momentan nur noch 200 ha/Jahr reduziert werden.

Mit der Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes und den „sektoriellen Leitplänen“ haben die Regierung und das Ministerium für Nachhaltige Entwicklung zudem einen breiten landesweiten Diskussionsprozess angestoßen, um verbindliche Regeln zur Landesplanung zu definieren. Diese Regeln werden eine wichtige Antwort auf die Frage „*Wéi e Lëtzebuerg fir Muer?*“ darstellen.

Beispiel 3: Naturschutz:

Auch hier wurden wichtige gesetzliche Vorgaben regelmäßig als zweitrangig empfunden. Das wilde Wachstum zog durch den hohen Landverbrauch, den steigenden Verkehr und den Druck auf Grünzonen und Schutzgebiete unsere Natur und Umwelt immer stärker in Mitleidenschaft. Wertvolle Ressourcen wurden vergeudet.

Trotzdem genoss die Umwelt- und Naturschutzpolitik weiterhin keine Priorität. Der Rückstand beim Bau und der Modernisierung der Kläranlagen war 2013 bereits so groß, dass wir auch drei Jahre später noch immer Strafen an die EU zahlen müssen. Der Schutz unserer Trinkwasserquellen war politisch sogar inexistent: Trotz gesetzlicher Vorgaben war seit 20 Jahren keine einzige Quellenschutzzone ausgewiesen worden. Auch die seit 1996 gesetzlich vorgeschriebenen Naturschutzkompensationen für die „Nordstrooss“ waren von der Regierung nie in die Wege geleitet worden.

Erst diese Regierung hat diese Naturschutzkompensation umgesetzt, und zwar bereits zusammen mit Maßnahmen für kommende Projekte wie die Trambahn. Auch werden nach 20 Jahren Nichtstun unsere einheimischen Trinkwasserquellen unter grüner Regierungsbeteiligung endlich geschützt. Neue Natura2000-Zonen zum Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt wurden ausgewiesen. Der Ressourcenverbrauch pro Kopf verringert sich seit einiger Zeit. Neben dem bereits erwähnten sinkenden Landverbrauch, sinkt z.B. auch der pro-Kopf Wasserverbrauch. Das geplante Naturschutzgesetz wird als wichtiges Bindeglied für eine stärkere Kohärenz des Natur- und Umweltschutzes und der Landesplanung sorgen.

Beispiel 4: Klima & Energie:

Im Rahmen des Klimaschutzvertrages von Kyoto bekam Luxemburg ein Reduktionsziel von -28% in Bezug auf 1990. In Wirklichkeit war diese hohe Zahl jedoch lediglich ein „*status quo*“ Ziel, denn 1997 - zum Zeitpunkt der Unterschrift in Kyoto - war Luxemburg durch die Umstellung seiner Stahlindustrie auf Elektrostahlwerke bereits bei rund 30% CO₂ Einsparung angekommen.

Anstatt von dieser guten Ausgangslage zu profitieren, wurde eine gegenteilige Politik betrieben. So hat sich z.B. nach 1997 die kontraproduktive Spritexport- bzw. Tanktourismuspolitik recht schnell zum Hauptproblem für unsere Klimaziele entwickelt. Luxemburg musste sich deshalb für 126 Millionen Euro im Ausland über CO₂-Zertifikate freikaufen.

déi gréng haben dies auf parlamentarischem Niveau immer wieder angeprangert (2001, 2003) und haben 2005 sämtliche Abgeordneten davon überzeugt, die damalige Regierung per „*Chamber-Motion*“ aufzufordern, den Treibstoffverkauf genauestens zu analysieren und Pisten zum Ausstieg aus dem Spritverkauf zu entwickeln. Doch trotz weiterem Druck unserer Abgeordneten im Jahr 2011 geschah bis zum Regierungswechsel 2013 nichts.

Die Regierung und das Umweltministerium haben nun die Ewingmann-Studie vorgestellt. Aus ihr geht hervor, dass die bisherige Spritexport-Strategie eine Sackgasse ist und volkswirtschaftlich keinen Sinn macht. Zudem geht der Spritverkauf seit 2012 zurück. Mit Sicherheit werden auch die Förderung der Elektromobilität und die Umwelt-Besteuerung der Betriebswagen den Spritverkauf weiter senken. Ein Ausstieg aus der luxemburgischen „Tanktourismus-“ bzw. „Diesel-Politik“ ist aber nicht

nur aus finanzpolitischen Gründen notwendig, sondern auch aus Gründen der Luftqualität und des Gesundheitsschutzes.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien bei Wind- und Sonnenenergie hat wieder Fahrt aufgenommen und der Staat geht mit gutem Beispiel voran: z.B. mit dem Photovoltaik-Projekt des Atert Lycée, welches es der Schule ermöglicht ihren jährlichen Stromverbrauch selbst zu decken, oder den angekündigten Solar-Projekten auf 15 weiteren staatlichen Gebäuden.

Ein neues Fördermodell für Energie-Genossenschaften wurde ausgearbeitet und neue Windparks entstehen. In dieser Regierungsperiode könnten sogar genauso viel Windkraftleistung installiert werden wie während den 20 Jahren davor. Zudem wird ab 2017 das Gesetzespaket „*Klimabank an nohaltegt Wunnen*“ auch helfen die Energiesanierung von Altwohnungen zu finanzieren und die erneuerbaren Energien weiter fördern.

2016: Die Zukunftsdebatte läuft

Wir brauchen eine ehrliche Zukunftsdebatte und keine Angstdebatte

Für déi gréng muss Schluss sein mit dem ungezügelten Wachstum und seinen zahlreichen negativen Effekten. Wir brauchen ein neues, nachhaltiges Entwicklungsmodell für Luxemburg. Das bisherige Modell verursacht, wie auch durch die Ewringmann-Studie belegt, riesige indirekte und externe Umweltkosten für die Gesellschaft.

Wir plädieren deshalb für eine gut durchdachte, schrittweise Umorientierung des bisherigen luxemburgischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells. Anstatt einer Angstdebatte über eine hypothetische Bevölkerungszahl in 45 Jahren brauchen wir eine positive Vision und eine möglichst breite und fundierte Diskussionen über Lösungsansätze für die aktuellen Probleme unseres Landes.

„Positiv Visiounen - Politesche Courage - Konkret Schrëtt“

Für déi gréng ist es die Rolle der Regierung, diese Diskussionen anzustoßen, zu begleiten und schlussendlich die notwendigen politischen Entscheidungen zu fällen. Hierbei muss die Politik den ordnungspolitischen Rahmen so setzen, dass alle sozialen und wirtschaftlichen Akteure genügend Anreize haben, an der ökologischen Modernisierung Luxemburgs mitzuwirken.

Die aktuelle Regierung wird dieser Rolle bisher gerecht. Im Unterschied zu früher fällt auf, dass Blau-Rot-Grün mit der aktuellen Zukunftsdebatte auf eine gemeinschaftliche Vorgehensweise setzt: auf konsequente, interministerielle Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Austausch mit der Zivilgesellschaft.

Der Rifkin-Bericht bestätigt uns als Grüne in unserer Überzeugung, dass die einzig richtige Entwicklung für Luxemburg eine nachhaltige Entwicklung ist, die in einem spezifischen ordnungspolitischen Rahmen stattfinden muss. Er bestätigt auch viele von unseren langjährigen Forderungen, wie zum Beispiel das konsequente Umschalten auf erneuerbare Energien, die Förderung der Biolandwirtschaft, der verstärkte Rückgriff auf grüne Technologien, die Förderung von neuen Konzepten wie Car-Sharing und -Pooling, und der Ausbau und die Vernetzung sämtlicher Mobilitätsangebote.

Der Bericht beinhaltet sowohl eine wirtschaftliche Gesamtvision, wie auch Ideen und Zielsetzungen wie wir diese Vision verwirklichen können. Politik und Gesellschaft sind jetzt gefordert diese Vision schrittweise miteinander umzusetzen. Dies erfordert jedoch politischen Mut, der in der Vergangenheit oft fehlte. Denn auch früher gab es schon Pläne, wie das IVL (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept), deren Ausführung schlussendlich aber an fehlender politischen Courage gescheitert ist.

Die Regierung hat schon in vielen Bereichen gehandelt. Wichtige Schritte in die richtige Richtung sind gemacht. Ab 2017 werden die ökologischen Lenkungsmaßnahmen der Steuerreform anfangen ihre Früchte zu tragen. Bereits jetzt fließen $\frac{2}{3}$ der Investitionen für das Transportwesen im Budget des Nachhaltigkeitsministeriums in den massiven Ausbau des öffentlichen Transports und auch im Staatshaushaltsprojekt für 2017 werden diese Investitionen konstant hoch bleiben. Dies ist ganz klar ein Paradigmenwechsel.

Ein gutes Mobilitätskonzept muss allerdings mit adäquater und konsequenter Landesplanung einhergehen. Deshalb begrüßen wir auch, dass es endlich wieder konkrete landesplanerische Anstrengungen gibt. Auch der Schutz unserer Trinkwasserquellen, die Ausweisung neuer Natura2000-Zonen und die anstehenden Natur-, Wasser- und Bodenschutzgesetze gehen in die richtige Richtung.

All diese Maßnahmen tragen zu einer nachhaltigeren Entwicklung in Luxemburg bei und haben bereits dazu geführt, dass die Anfänge einer Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch jetzt schon gemessen werden können. So verringert sich seit einiger Zeit neben dem Landverbrauch (von 900 auf 200 Hektar/Jahr) auch der Energie-, Ressourcen- sowie der Wasserverbrauch pro Kopf.

Es gilt nun, die Anstrengungen und Projekte der Regierung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unseres Landes weiter auszubauen. Der enorme Nachholbedarf der letzten 20 Jahre, die jetzige vorausschauende Politik und die neuen Lenkungsmaßnahmen erfordern jedoch auch weiterhin entsprechend hohe Investitionen.

Auch in diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass neben den hohen Budgetlinien die für die weitere Förderung des öffentlichen Transports im Staatshaushalt 2017, auch hohe Investitionen in den Bereichen Umwelt-, Wasser- und Klimaschutz zu finden sind. Nachhaltige Investitionen, die zu einer besseren Lebensqualität von uns allen beitragen, werden im Jahr 2017 doppelt so hoch sein wie sie es noch 2013 waren.

Technische und soziale Innovationen für mehr Lebensqualität

Der Rifkin-Bericht zeigt jetzt schon Möglichkeiten auf, wie Luxemburg anhand technischer Innovationen auch in Zukunft auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig bleiben kann. Für déi gréng können diese technischen Innovationen aber nur Früchte tragen, wenn sie mit Innovationen auf sozialer Ebene kombiniert werden. Unsere Wirtschaftspolitik sollte sich nämlich grundsätzlich am Ziel einer steigenden Lebensqualität für alle orientieren.

Dazu müssen wir das Land nicht neu erfinden. Wir müssen jedoch die Herausforderungen der Zukunft ernst nehmen. Für eine hohe Lebensqualität ist zum Beispiel eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage unabdingbar. Es gilt also diese zu bewahren. Hierfür brauchen wir neben einer

ökologischen Modernisierung unseres Wirtschaftsmodells auch eine kohärente, verbindliche Landesplanung und eine ambitionierte Klimaschutzpolitik um die voranschreitende Klimakrise zu überwinden.

Wir benötigen hierfür jedoch auch eine progressive Entkoppelung des Wachstums des Bruttoinlandproduktes (BIP) vom Umwelt- und Ressourcenverbrauch und von unserer Lebensqualität. Wir können unsere Lebensqualität auch verbessern, ohne den Verbrauch materieller Güter immer weiter zu erhöhen. Soziale Innovationen, zum Beispiel in der solidarischen Ökonomie (*Solidarity Economy*), spielen hier eine bedeutende Rolle.

Zudem ist eine Erhöhung des BIP nicht automatisch mit einem Gewinn für Mensch und Gesellschaft gleichzusetzen. So steigt beispielsweise das BIP durch eine Naturkatastrophe, weil die Reparatur der Schäden und die Behandlung von eventuellen Opfern positiv in die nationale BIP-Bilanz einfließt. Andererseits taucht ein ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder Organisation die sich für das Allgemeinwohl einsetzen, nicht in dieser Bilanz auf, kann aber sehr wohl die persönliche Lebensqualität steigern.

In diesem Zusammenhang war die Schaffung der „*Société d'impact sociétal*“ als legale Grundlage für die soziale und solidarische Ökonomie ein wichtiger Schritt. Hierdurch fördert die Regierung ökonomische Aktivitäten, bei denen der gesellschaftliche Gewinn im Vordergrund steht.

déi gréng stehen deshalb auch für den Gebrauch von anderen Messinstrumenten. Wir brauchen Messwerte, die sowohl eine soziale Komponente beinhalten, wie auch Umwelt- und Gesundheitsaspekte berücksichtigen. Indikatoren wie das PIBien-Être oder die Schlüsselindikatoren die im Rahmen des PNDD (*Plan national pour un développement durable*) ausgearbeitet wurden, müssen in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Luxemburg zusammen gestalten

Wir sind der Überzeugung, dass sich an der Zukunftsdebatte möglichst viele Menschen beteiligen müssen. Nur so lässt sich eine gemeinsame Vision entwickeln und eine positive Dynamik für die zukünftige Entwicklung Luxemburgs aufbauen. Auf diesem Weg trägt die von der Regierung angestoßene Zukunftsdebatte auch dazu bei, dass die Politik in Luxemburg endlich wieder ihrer eigentlichen Rolle gerecht wird.

Der Rifkin-Bericht zeigt Wege auf, wie Luxemburg seinen Wohlstand und seine Lebensqualität auch für unsere Kinder und Kindeskiner nachhaltig sicherstellen kann. Es ist jedoch kein in Stein gemeißeltes Gesetz, das diktiert: „so und nicht anders!“. Jetzt kommt es darauf an, dass alle gesellschaftlichen Akteure ihren Beitrag zur Umsetzung leisten. Dazu zählt nicht nur die Politik, sondern auch die Gewerkschaften, das Patronat, die Umweltverbände, usw. Alle müssen ihre Verantwortung übernehmen, wie sie es in der Vergangenheit schon so oft getan haben, um gemeinsame Herausforderungen zu meistern. Wir sind optimistisch, dass das gelingt, denn das Bewusstsein, dass es den kommenden Generationen gegenüber unverantwortlich wäre nicht zu handeln, ist groß. Gegensätzliche Ansichten sind überbrückbar, wenn jeder guten Willen zeigt.

Das Wohl des Landes liegt in unser aller Interesse. Wir ziehen hier an einem Strang. Deshalb werden wir als Grüne auch weiter unsere Verantwortung übernehmen und alles daran setzen, die nachhaltige Gestaltung Luxemburgs schrittweise umzusetzen. Damit dies gelingt, setzen wir auch in Zukunft auf den Austausch mit möglichst vielen Menschen aus möglichst vielen Bereichen der Zivilgesellschaft.

Wirtschaftlicher Umbau – Landesplanung – Klima & Energie

Die Rifkin-Strategie ist auf den ersten Blick techniklastig, vor allem weil sie die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft als Bindeglied zwischen allen Bereichen sieht. Damit wird sie aber auch zur Chance für wirtschaftliche, wie auch gesellschaftliche Entwicklungen in Richtung Nachhaltigkeit. Wie bei der Wachstumsfrage, ist auch die Digitalisierung kein Selbstzweck, auch wenn sie sich gerade in vielen Bereichen des täglichen Lebens immer weiter ausbreitet.

Ziel der Rifkin-Strategie ist es deshalb Pisten und Maßnahmen zu entwickeln, mit denen wir die Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit, weniger Ressourcenverbrauch und eine höhere Lebensqualität nutzen können, ohne die möglichen Gefahren der Digitalisierung auszublenden. Dabei ist der Rifkin-Bericht weder eine reine Werkzeugkiste noch ein fertiger Maßnahmenkatalog, sondern Teil eines partizipativen Prozesses, der weitergeführt werden muss.

Als Grüne gefallen uns natürlich ganz besonders die langfristigen Zielsetzungen wie der Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien und Elektromobilität, 100% Biolandwirtschaft, nachhaltigere Baustoffe und -formen, Plus-Energiegebäude die mehr Strom produzieren als sie benötigen, der verstärkte Rückgriff auf grüne Technologien, Kreislaufwirtschaft (*Circular Economy*), Förderung von neuen Konzepten wie *Car-Sharing* und *-Pooling*, Ausbau und Vernetzung sämtlicher Mobilitätsangebote um die Anzahl an Pkw auf unseren Straßen zu reduzieren, uvm.

Auf der anderen Seite zielt die Debatte über die territoriale Entwicklung, bzw. über die Landesplanung, darauf ab diese langfristigen Zielsetzungen der Rifkin-Strategie auch räumlich zu ermöglichen oder zu unterstützen. Dabei geht es u.a. um die Fragen „Wo?“, „Wie?“ und „Wieweit?“ diese Entwicklungen umgesetzt werden können. Hier spielt natürlich besonders die Mobilitätsplanung eine Rolle, doch auch der zukünftige Landverbrauch kann hiermit reguliert werden, Schutzzonen definiert werden und eine generelle Politik umgesetzt werden die Wohnen, Arbeit und Freizeit wieder näher zueinander bringt.

Ein nachhaltiges Modell für Luxemburg - déi gréng sind mit dabei

Die Zukunftsdebatte läuft und déi gréng sind auf allen Ebenen mit dabei. Getreu unserem Leitmotiv, „*think global, act local*“, übernehmen wir sowohl auf Regierungsebene, als auch im Parlament und in den Gemeinden unsere Verantwortung.

Nachdem wir schon seit Jahrzehnten auf lokaler Ebene stets eine nachhaltige Politik gestaltet haben wenn wir in der Verantwortung waren, setzen wir jetzt auch auf nationaler Ebene schrittweise all das in die Realität um, was wir schon lange Zeit gesagt haben. Dadurch beweisen wir immer wieder, dass grüne Politik keine Politik der leeren Worte ist.

Um dem „blinden“ Wachstum ein Ende zu setzen und um unser Land auf nachhaltige Füße zu stellen können auch kleine konkrete Schritte sehr viel bewirken. Dies hat die Regierung bereits bewiesen.

In der nachhaltigen Entwicklung unseres Landes spielen sowohl die Politik, als auch Akteure der Arbeitswelt und der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Zu den „Transformatoren“ dieses schrittweisen Wandlungsprozesses, zählen neben den traditionellen sozioökonomischen Akteuren auch UnternehmerInnen und Startups, kreative Menschen, WissenschaftlerInnen, die Transitionsbewegung sowie alle anderen sozial und ökologisch engagierte Menschen.

Die Rolle der Politik ist es Gefahren zu erkennen und Chancen früh zu ergreifen. Die Politik muss den ordnungspolitischen Rahmen so gestalten, dass jeder einen Anreiz hat, an der ökologischen Modernisierung Luxemburgs mitzuwirken. Dabei muss sie auch selbst als Vorreiter dienen.

Mit der Zukunftsdebatte hat unsere Regierung die Basis für eine nachhaltige Entwicklung hier in Luxemburg geschaffen. Es gilt jetzt unser Land zusammen auf neue, nachhaltige Füße zu stellen.

Für déi gréng darf Wachstum – im traditionellen Sinne - dabei nicht länger ein Ziel an sich sein. Für uns sind die Ziele eine ökologische Modernisierung unseres Landes, eine saubere Umwelt und eine bestmögliche Lebensqualität und Gesundheit der Menschen die in Luxemburg wohnen und arbeiten. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die kontinuierliche Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Wenn wir diese Ziele anstreben, dann sichern wir automatisch auch den luxemburgischen Wirtschaftsstandort ab.